

Pressemitteilung vom 12.1.2023

Ärzteproteste in Hessen gehen weiter

- Viele Haus- und Facharztpraxen schließen am 18. Januar erneut
- „Mehr Medizinstudienplätze sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Am Mittwoch, 18. Januar, schließen erneut viele hessische Haus- und Facharztpraxen. Zu den Protesten gegen die aktuelle Gesundheitspolitik haben unter anderem der Hausärzteverband Hessen (HÄVH) und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen, Landesverband Hessen (BVKJ) aufgerufen. Mehr Medizinstudienplätze zu schaffen, reiche nicht aus, um dem Ärztemangel zeitnah zu begegnen, betonen die Verbände.

Hattersheim/Bad Homburg. „Wir begrüßen, dass nun endlich auch Bundesgesundheitsminister Professor Dr. Karl Lauterbach rund 5.000 zusätzliche Medizinstudienplätze pro Jahr fordert“, so Armin Beck, Vorsitzender des HÄVH, und Dr. Ralf Moebus, Landesvorsitzender des BVKJ. Zuständig seien hier jedoch die Bundesländer, die bisher nicht bereit seien, für die zusätzlichen Kosten in Höhe von ca. 200.000 Euro pro Studienplatz aufzukommen.

„Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze zeigt viel zu spät Effekte“

„Zwar hat die Politik mit dem Masterplan Medizinstudium 2020 und der Landarztquote viele wichtige und notwendige Reformschritte beschlossen. Dennoch hakt es weiterhin an der Umsetzung. Deshalb appellieren wir an Bund, Länder und Universitäten, die notwendigen Mittel schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen“, so Beck. Doch selbst wenn es gelinge, die Zahl der Studienplätze zeitnah zu erhöhen, werde dies viel zu spät Effekte zeigen: „Ein Medizinstudium samt anschließender Ausbildung zur Fachärztin oder zum Facharzt für Allgemeinmedizin oder für Kinder- und Jugendmedizin dauert alles in allem etwa elf Jahre. Und bis zu einer Niederlassung vergehen insgesamt 15 bis 20 Jahre“, erklärt Moebus.

Abschaffung von Arznei- und Heilmittelregressen notwendig

Im Übrigen seien mehr Medizinstudienplätze nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Um die bewährte zeitnahe und wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte zu sichern, bedürfe es weiterer Maßnahmen wie etwa die Abschaffung der Regresse: „Arznei- und Heilmittelregresse stellen eine ständige massive finanzielle Bedrohung für alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte dar. Die Regresse sind einer der Hauptgründe, warum junge Kolleginnen und Kollegen die Niederlassung scheuen“

betonen die Verbandsvorsitzenden. „Wir fordern, dass das Morbiditätsrisiko von den Krankenkassen und nicht mehr von uns Ärzten getragen wird“, so Beck und Moebus.

„Ärzte sollen haften für etwas, dass sie nicht beeinflussen können“

Der Hintergrund: Im Sozialgesetzbuch V, § 106b, werden Regelungen zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit festgelegt. Die gesetzlichen Krankenkassen werden hierbei befähigt, bei Verdacht auf Unwirtschaftlichkeit Prüfungen zu initiieren. „Besonders die Regelungen zu den sogenannten Einzelfallprüfungen, die zu tausenden bei der KV Hessen beantragt werden, sind ein Ärgernis. Manche gesetzlichen Krankenkassen haben dieses `Geschäft` sogar an externe Dienstleister ausgegliedert. Wir fordern die Festlegung einer Bagatellgrenze dieser Regresse auf einen Betrag von 500 €“, sagt Beck. „Ein Ende der Preisverantwortung ist überfällig. Wir Ärzte sollen über Regresse für etwas haften, das wir letztlich nicht beeinflussen können: die Arznei- und Heilmittelpreise. Zudem ist die Preisgestaltung im Bereich der Arzneimittel – spätestens, seit Industrie und Kassen Rabattverträge schließen können – gänzlich intransparent“, ergänzt Moebus.

Faire, transparente und angemessene Honorierung gefordert

Um die hausärztliche Versorgung sicherzustellen und den Beruf des Hausarztes bzw. Kinder- und Jugendarztes für den Nachwuchs wieder attraktiver zu machen, brauche es eine faire, transparente und angemessene Honorierung der Leistungen. So seien beispielsweise Leistungen wie die Patientenbetreuung zu Hause oder ärztliche Gespräche deutlich unterfinanziert.

Pressekontakte:

HÄVH
Gundula Zeitz, Pressereferentin
Tel.: 0171 8132671
presse@hausaezte-hessen.de

BVKJ, Landesverband Hessen
Dr. Soraya Seyyedi, Pressesprecherin
Tel.: 0611 / 376211
praxisseyyedidomay@t-online.de